

Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen

2013	Verkündet am 11. Dezember 2013	Nr. 103
------	--------------------------------	---------

Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Hebammen und Entbindungspfleger

Vom 7. November 2013

Aufgrund des § 1 des Gesetzes zur Ausführung des Hebammenrechts vom 26. September 1989 (Brem.GBl. S. 356 — 2124-a-1), das zuletzt durch Artikel 1 Absatz 38 des Vierten Gesetzes zur Bereinigung des Bremischen Rechts vom 25. Mai 2010 (Brem.GBl. S. 349) geändert worden ist, wird verordnet:

Artikel 1

Die Gebührenordnung für Hebammen und Entbindungspfleger vom 25. Februar 2010 (Brem.GBl. S. 211) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

"Freiberuflich tätige Hebammen und Entbindungspfleger dürfen für ihre berufsmäßigen Leistungen außerhalb der gesetzlichen Krankenkasse Gebühren, Zuschläge, Auslagen und Wegegelder nach dem Vertrag über die Versorgung mit Hebammenhilfe nach § 134a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vom 1. August 2007 in seiner jeweils geltenden Fassung, und Betriebskostenpauschalen bei ambulanten Geburten in von Hebammen geleiteten Einrichtungen nach dem Ergänzungsvertrag nach § 134a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch über Betriebskostenpauschalen bei ambulanten Geburten in von Hebammen geleiteten Einrichtungen und die Anforderungen an die Qualitätssicherung in diesen Einrichtungen vom 27. Juni 2011 in der jeweils geltenden Fassung, erheben, soweit in den folgenden Absätzen nicht etwas Abweichendes bestimmt ist."

b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„(3) Gebühren und Wegegelder nach Absatz 1 dürfen bis zum 1,9-fachen Satz der im Vertrag über die Versorgung mit Hebammenhilfe nach § 134a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vom 1. August 2007 in seiner jeweils geltenden Fassung aufgeführten Beträge abgerechnet werden.“

c) Absatz 5 wird aufgehoben.

2. Die Anlage zu § 1 Absatz 1 der Gebührenverordnung für Hebammen und Entbindungspfleger wird aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bremen, den 7. November 2013

Der Senator für Gesundheit